

Ostumgehung sorgt für Kopfschütteln

SPD stellt gemeinsames Ziel bei B 212neu in Frage / Annette Schwarz fordert neues Raumordnungsverfahren

VON KAI PURSCHKE

Delmenhorst. Rums. Die Gemeinde Ganderkese hat in Sachen B212neu eine Ostumgehung wieder ins Spiel gebracht und sich im Gemeindeentwicklungsausschuss mehrheitlich für eine Prüfung der Trassenführung durch den Osten Delmenhorsts ausgesprochen (siehe Bericht auf Seite 3). Was bei den Nachbarn als „realistische und zielführende Alternative“ bezeichnet wird, sorgt in Delmenhorst für Kopfschütteln. Denn mit einer Ostumgehung würde der Verkehr durch Hasbergen und über die B 75 geleitet.

eine Ost- als auch die von Ganderkese abgelehnte Westumgehung, die sogenannte Entwicklungssache, jeweils eine der beiden Kommunen beeinträchtigen würden. Er hält daher nach wie vor die verkehrsoptimierte Nordvariante (VoN) für die beste Lösung. „Sie würde sowohl die West- als auch eine Ostumgehung entbehrlich machen“, erklärte de La Lanne, der weiterhin hofft, „dass beide Kommunen gemeinsam eine Stellungsnahme erarbeiten.“

Die Entwicklungssache war – wie berichtet – jetzt vom Bundesverkehrsministerium vorangetrieben worden, während das Niedersächsische Verkehrsministerium unseiner Zeitung gegenüber geschildert hatte, dass es die VoN nicht weiter verfolgen wolle. Für eben jene VoN hatte im Sommer 2009 der Delmenhorster Rat gestimmt und entschieden, dass er dann auf die Entwicklungssache verzichten würde. Diese geht zurück auf ein Gutachten, das vor vier Jahren von Delmenhorst und Ganderkese gemeinsam in Auftrag gegeben worden war.

Nicht ganz so diplomatisch wie der Verwaltungschef äußerte sich SPD-Politikerin Andrea Meyer-Garbe gestern in einer Stellungsnahme. „Das ist keine Zusammenarbeit“, stellte sie fest in Bezug auf die in der Gander-Gemeinde wiederentdeckte Ostumfahrung. Sie bezeichnet die von der Interessengemeinschaft (IG) „B-212-freies Deich- und Sandhausen“ entwickelte VoN

als „brillante Lösungsmöglichkeit“. Damit wäre die Entwicklungssache vom Tisch – aber die Ganderkeseer Favorisierung der Ostumgehung „geht zu Lasten der Stadt Delmenhorst“. Hasbergen und Iprump würden die zusätzlichen Verkehre nicht verkraften, schreibt Meyer-Garbe. Sie weist ferner darauf, dass es ein gemeinsames Ziel der beiden Kommunen gibt.

Ratsfrau Annette Schwarz (CDU) kann sich dagegen nicht des Eindrucks erwehren, „dass jeder mal ein bisschen in dem Pott rührt, in der Hoffnung, es möge funktionieren“. Sie kritisiert die gesamte Pla-

nung der neuen Bundesstraße und erklärt, dass beide bisherigen Raumordnungsverfahren fehlerhaft sind. Annette Schwarz schildert, dass über die Entwicklungssache auch in Delmenhorst keine Freude herrschen würde: „Weiß man doch aus dem Gutachten, dass dann erheblicher Mehrverkehr aus dem Raum Oldenburg für Delmenhorst ins Haus steht.“ Die Christdemokratin plädiert dafür, dass ein drittes, ein neues Raumordnungsverfahren her müsse. Eines, das „handwerklich sauber“ sei – dafür sollten sich Delmenhorst und Ganderkese ihrer Meinung nach stark machen.

ANZEIGE



„Ein drittes
Raumordnungsverfahren
muss her – ein
handwerklich sauberes.“

CDU-Ratsfrau Annette Schwarz

Diplomatisch drückte sich gestern auf Nachfrage die Delmenhorster Verwaltung in ihrer Stellungsnahme zum Vorstoß Ganderkesees aus. Oberbürgermeister Patrick de La Lanne ließ ausrichten, dass sowohl